

die Fortführung der Pakte und die damit verbundene Planungssicherheit. Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, hob hervor, die Entscheidungen ließen die Wissenschaft und allen voran die Universitäten aufatmen. Zudem würde die geplante Bund-Länder-Initiative den Universitäten neue Gestaltungsspielräume geben. HRK-Präsident Horst Hippler

zeigte sich allerdings enttäuscht darüber, dass die Programmpauschale nur auf 22 Prozent steigen soll, denn dies könne die tatsächlichen Kosten in Höhe von 40 bis 70 Prozent auf Dauer nicht befriedigen. Martin Stratmann, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, mahnte zum geplanten Nachfolgeprogramm der Exzellenzinitiative an, dass man weiterhin auf Spitzen-

forschung an Universitäten setzen müsse: „Ohne diesen Schwerpunkt verliert die Exzellenzinitiative ihre profilierende Wirkung.“ Doch wie genau dieses Nachfolgeprogramm aussehen wird, entscheidet sich wohl erst 2016, wenn eine Expertenkommission die Ergebnisse ihrer Evaluation der Exzellenzinitiative präsentiert hat.

Maike Pfalz

■ Projekte, Profile, Prioritäten

Eine Diskussion an der Universität Heidelberg widmete sich dem deutschen Wissenschaftssystem.

Das deutsche Wissenschaftssystem ist in Bewegung: Die Exzellenzinitiative hat zur Profilbildung der Universitäten beigetragen, die in vielfältiger Weise mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen kooperieren. Während deren Forschungsbudgets (und das der Deutschen Forschungsgemeinschaft) kontinuierlich wachsen, bleiben allerdings die Hochschulen chronisch unterfinanziert, worunter besonders die Lehre leidet. Daran wird auch die kürzlich von Bund und Ländern beschlossene Fortsetzung des Hochschulpaktes nichts ändern. Zu dem Ungleichgewicht zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen trägt auch das von der großen Koalition 2006 eingeführte „Kooperationsverbot“ bei: Laut Artikel 91b des Grundgesetzes dürfen Bund und Länder nur „in Fällen überregionaler Bedeutung“ gemeinsam „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“ fördern – wie eben bei der Exzellenzinitiative. Wird sich diese Situation mit der vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderung, über die der Bundesrat am 19. Dezember entscheidet, verbessern lassen? Wie sollte es mit der Exzellenzinitiative nach 2017 weitergehen? Welche Rolle werden künftig Kooperationen zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen spielen? Das waren einige der Fragen, mit denen sich ein hochkarätiges Podium Anfang November an der Universität Heidelberg beschäftigte. Im



Moderiert von Heike Schmall von der FAZ diskutierten in der Alten Aula der Universität Heidelberg (v. l.) Bernhard

Eitel, Georg Schütte, Jürgen Mlynek, Otmar Wiestler und Michael Boutros.

Rahmen der Veranstaltungsreihe „Helmholtz&Uni“ diskutierte der Heidelberger Rektor Bernhard Eitel u. a. mit Helmholtz-Präsident Jürgen Mlynek und BMBF-Staatssekretär Georg Schütte.

So sehr alle Teilnehmer die Grundgesetzänderung begrüßten, waren sie sich auch darin einig, dass sich damit das Finanzproblem der Hochschulen nicht lösen lässt. Mit der Übernahme der BAFÖG-Kosten habe der Bund „weitreichende Zugeständnisse“ gemacht, damit die Länder die Universitäten stützen können, „wenn sie denn diese Prioritätensetzung treffen wollen“, sagte Schütte – was die Länder offenbar nur teilweise beabsichtigen. Darüber hinaus werde der Bund nach der Grundgesetzänderung sicher nicht massiv in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen.

Allerdings wird es künftig einfacher möglich sein, Kooperationen zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen zu verfestigen, denn bislang steht der längerfristig angelegten institutionellen Förderung auf der einen Seite die Projektförderung auf der anderen gegenüber. Wenn diese nach fünf oder zehn Jahren ausläuft, gebe es „ganz massive Verteilungskämpfe“ innerhalb der Universität, betonte Mlynek, denn diese hätten sich verpflichtet, das Projekt aus eigenen Mitteln weiter zu finanzieren. Gleichzeitig stünden die Universitäten vor der Herausforderung, jenseits der Schwerpunktbildung, die auch durch Kooperationen stattfindet, die Vielfalt am Leben zu erhalten. Auch Otmar Wiestler, Vorstandsvorsitzender des DKFZ und designierter Helmholtz-

Präsident, sah große Chancen für neue Formen der Kooperation, die „die vielen exzellenten Spieler in Deutschland intelligent zusammenbringen“ und langfristig angelegt sind. Aber nur mit der richtigen Konstellation von Partnern mit dem richtigen Profil könnten solche Konstrukte erfolgreich sein. Daher reiche es nicht aus, „dass man etwas zusammen wirft, um etwas Großes zu schaffen“. So sei im Hinblick auf die Fusion von Universität und Forschungszentrum in Karlsruhe nicht klar, wofür das KIT eigentlich stehe. Das wäre anders, hätte sich das KIT beispielsweise zum Nationalen Energieforschungszentrum erklärt.

Im Hinblick auf die Zukunft der Exzellenzinitiative appellierte Schütte, diese „nicht nur nach der Kontinuität des Mittelflusses“ zu bewerten. Da diese Initiative zur

Profilierung der Universitäten beitragen sollte, hätten die Universitäten ihre Strukturen anpassen und Ressourcen bündeln müssen. Dies habe die Universität Heidelberg geleistet, sagte ihr Rektor Bernhard Eitel, wodurch ein „Gesamtkunstwerk“ aus Zukunftskonzept, Exzellenzcluster und Graduiertenschulen entstanden sei, die man nicht gegeneinander ausspielen dürfe: „Die Kollegen wissen manchmal gar nicht mehr, woher der Rubel kommt.“ Angesichts von über 20 Milliarden Euro, die die Länder pro Jahr für die Universitäten ausgeben, und der rund 400 Millionen der Exzellenzinitiative dürfe „dieses Sahnehäubchen für die Spitzenforschung nicht mit der Gießkanne in die Breite gegeben“ werden.

Kürzlich hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) eine neue Bund-Länder-Initiative

vorgeschlagen, zu deren Ausgestaltung eine Kommission unter dem Vorsitz des Schweizer Physikers Dieter Imboden bis 2016 Vorschläge vorlegen soll. In Anbetracht dieses späten Termins forderte Schütte bei der Diskussion auf, bereits jetzt damit zu beginnen, „kluge neue Ideen“ zu entwickeln. Eine Exzellenzinitiative für die Lehre gehört dazu jedenfalls nicht, ist Eitel überzeugt: „Ich wehre mich gegen die Aussage, dass die Exzellenzinitiative die Lehre vernachlässigt hätte“. Das Gegenteil sei der Fall, da Forschung und Lehre eine Einheit bilden würden und man über eine einseitige Förderung der Lehre nicht die besten Forscher anziehen könne. „Gebt den Universitäten mehr Grundausstattung, und sie werden beides tun, die Forschung zieht die Lehre mit“, ist seine Überzeugung.

Stefan Jorda

■ „Mit Physik getränkt“

Vor 20 Jahren wurde das Magnus-Haus in Berlin als wissenschaftliches Begegnungszentrum eröffnet.

Einen Tag nach den großen Feierlichkeiten in Berlin zum Fall der Mauer vor 25 Jahren hatte auch die DPG besonderen Grund zum Feiern: Mit einer Festveranstaltung würdigte sie die Bedeutung des Magnus-Hauses, das nach umfangreicher Sanierung im November 1994 als wissenschaftliche Begegnungsstätte und Hauptstadtpresidentanz der DPG eröffnet wurde. Dieses Haus im Herzen Berlins, direkt gegenüber der Museumsinsel gelegen, ist „seit der Wiedervereinigung unserer Gesellschaften geistiges und historisches Zentrum der DPG“, sagte DPG-Präsident Edward Krubasik in seinem Grußwort. Zur besonderen Bedeutung des um 1750 gebauten spätbarocken Palais zitierte er den kürzlich verstorbenen DPG-Altpräsidenten und langjährigen wissenschaftlichen Leiter des Magnus-Hauses, Theo Mayer-Kuckuk, mit den Worten: „Das Haus ist die Wiege der Physik in Berlin. Hier hat die Physikalische Gesellschaft ihren Ursprung. Hier wurden bahnbrechende Erkennt-

nisse in der Physik erstmalig vorgebracht. Dieses Haus ist mit Physik getränkt.“

Die vielfältigen Beziehungen des Hauses zur Physik begannen 1776, als Joseph-Louis Lagrange als Mieter einzog. In Berlin entstand sein Hauptwerk über analytische Mechanik. 1840 erwarb der Experimentalphysiker Gustav Magnus das Haus, in dem er bis zu seinem Tod 1870 wohnte. Seinen fortgeschrittenen Studenten bot er ab 1842 die Möglichkeit, in seinem privaten Laboratorium zu arbeiten, und in dem Physikalischen Colloquium, einer neuartigen Lehrveranstaltung, diskutierte er mit seinen Schülern die neuesten Veröffentlichungen und den aktuellen Stand der Forschung. Hier lernten sich die Physiker kennen, die am 14. Januar 1845 die „Physikalische Gesellschaft zu Berlin“ gründeten, aus der die DPG hervorging. Diesem Kreis gehörten auch Werner von Siemens und Georg Halske an, die sich später zur Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske zusammenfanden, aus der

der deutsche Weltkonzern Siemens entstand.

Zum 100. Geburtstag von Max Planck im Jahr 1958 wurde das Haus von Oberbürgermeister Friedrich Ebert der Physikalischen Gesellschaft in der DDR „in dauernde Obhut und Pflege“ übergeben. Anschließend bezog die Physikalische Gesellschaft der DDR ihren Sitz im Magnus-Haus. Mit dem Zusammenschluss der beiden Gesellschaften aus Ost und West ging das Magnus-Haus 1990 als gemeinsames Erbe an die DPG mit der Verpflichtung, es als Stätte der Physik zu nutzen und zu bewahren. Doch zuvor war eine aufwändige Renovierung nötig, die Siemens mit einer großzügigen Spende ermöglichte. Anfang 1995 startete das Veranstaltungsprogramm mit einem Abendvortrag des Industriephysikers und Managers Dieter Röß, der nun auch zum Jubiläum einen Festvortrag hielt, über die Zusammenhänge von Bildung, Forschung, Innovation und Wohlstand. Heute finden in dem Haus wissen-